

Kamen, 9.12.2021

Rede zum Entwurf des Haushalts 2022

Norbert Blüm:

„Die Schulden des Staates haben immer die kleinen Leute bezahlt.“

Tatsächlich ist es dem Kämmerer gelungen, den Haushalt 2022 ausgeglichen zu planen – zum ersten Mal seit vielen Jahren. Dazu möchten wir ihm und der Verwaltung ausdrücklich gratulieren. Ich gebe es zu: Wir haben an diesen Ausgleich eigentlich nicht geglaubt.

Vor diesem Hintergrund muss man aber wissen, dass 4,9 Millionen Euro als „außerordentliche Erträge“ verbucht sind, die Verluste durch die Auswirkungen der Pandemie sind. Schon jetzt summieren sich diese „Erträge“ auf über 14,5 Millionen Euro. Somit werden die Corona-Schäden zwar jetzt neutralisiert, werden aber spätere Haushalte über die geforderten Abschreibungen belasten.

Sieht man die Anforderungen, die auf die Kommunen durch garantierte Kita-Plätze, durch garantierte kostenlose Ganztags-Grundschule oder durch Erweiterung der Aufgaben im Jugendschutz in den nächsten Jahren zukommen – und sieht man die in der Vergangenheit bei neuen Aufgaben versäumten erhöhten Finanzausstattungen – so sind mit der guten Nachricht „Ausgeglichener Haushalt“ doch gleichzeitig Zweifel für die Nachhaltigkeit dieses Ausgleichs verbunden.

Das ist verbunden mit der Angst, dass es dann an die „freiwilligen“ Ausgaben einer Kommune geht, die helfen, das Leben in Kamen attraktiv zu machen:

Das Museum, die Bücherei, die Musikschule, die Sportstätten müssen erhalten bleiben.

Denn damit verbunden ist auch, dass wir als Stadt hier Hebel in der Hand halten, arme Menschen an Kultur und Sport zu beteiligen.

Außerdem sehen wir Ausgaben in den Bereichen der Schulen, der VHS, des sozialen Dienstes, des gesamten Jugendbereichs mit samt der Präventionsarbeit in Jugendzentren und Bürgerhäusern und der Kitas als unverrückbar an. Hier wird – auch durch das Engagement der Mitarbeiter:innen – eine Arbeit geleistet, die vor dem Hintergrund der sich weiter verstärkenden **sozialen Ungleichheit**, immer wichtiger wird. Was fehlt, ist ein fest geschriebener Anteil von Sozialwohnungen bei den Planungen von neuen Baugebieten. Da sind andere Städte weiter.

Zum Klimawandel

Im Rahmen des Strukturwandels sind in unserer Stadt am Kreuz der beiden wichtigsten Autobahnen unseres Landes vor allem Logistik-Ansiedlungen entstanden.

Die Folgen

- Ein enormer Flächenverbrauch
- Eine Zunahme der Lkw-Verkehre auch innerhalb der Stadt
- Dadurch eine Belastung der Menschen durch Lärm und Abgase
- Und schließlich die Verödung der Innenstadt durch die Möglichkeit alles im Internet kaufen und sich „just in time“ liefern zu lassen.

Im Haushalt ist der Produktbereich 56 „Umweltschutz“ arg unterfinanziert, zwar steigen die ,Aufwendungen auf 548.000 €, aber schon im Jahr 2023 sollen es nur noch rund 300.000 € sein – weniger als in den Vorjahren.

Trotz Umsetzungen im Rahmen des Luftreinhalteplans und der Lärmaktionsplanung sowie guten Ansätzen in einigen neueren Bebauungsplänen, fehlt es hier noch an Kreativität und Ideen:

Wie wäre es mit Elektro-Car- oder Car-Sharing-Angeboten, der Pflicht, auch private Dachflächen zu begründen oder für Fotovoltaik zu nutzen, Bürgerbussen, Prämien für die Umwandlung von Schottergärten, einer sinnvollen öffentlichen Parkraumbewirtschaftung auch für den Schwerlastverkehr, mehr Fahrradstraßen, mehr Grün in der Stadt.

Zum Eintreten gegen Rassismus und für Demokratie

Mittel, die für Schulen, Jugendzentren, Kitas und Kultur ausgegeben werden, bieten auch immer Möglichkeiten zum Eintreten gegen Rassismus und für Demokratie.

Zusätzlich unterstützen die Bürgermeisterin und ihre Mitarbeiter:innen viele Aktivitäten in diesem Bereich und initiieren eigene.

Zurück zu COVID und damit zurück zum Sozialen

Es ist gut, dass der Staat für Unternehmer, Selbstständige und auch für Beschäftigte mit vielen Milliarden Euro hilft. Doch irgendwann muss irgendwer die Coronahilfen bezahlen.

Die Probleme der sozialen Ungleichheit und der notorischen Unterfinanzierung der Kommunen kann unser Haushalt nicht lösen.

Gefordert ist hier die Bundesregierung,

- mit einer Vermögenssteuer die Reichen – deren Vermögen in Zeiten der Pandemie weiter gewachsen ist – zu besteuern,
- mit einer Digitalsteuer (längst beschlossen in der EU) die großen Corona-Gewinner, wie Amazon, Microsoft oder auch Google zu belasten – und die Gelder dann für die Stärkung der Innenstädte zu verwenden,
- mit einem neuen kommunalen Finanzierungsgesetz, durch das die finanzielle Lage der Städte und Gemeinde nachhaltig verbessert?

Zum Schluss

Trotz einiger beschriebener Defizite stimmen wir dem Haushalt zu.